

Eing.: 23. JUNI 2026

PG-891877-2026-KPGAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat

506

### **Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Harald ZIERFUSS, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 23.06.2026 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte)

#### **betreffend Wiener Maßnahmenpaket gegen politischen Islam**

Der politische Islam und radikal islamistische Strömungen stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Diese Entwicklungen sind längst auch in Österreich und insbesondere in Wien Realität. Während gewaltbereiter Extremismus offensichtlich und Gegenstand öffentlicher Debatten ist, erfolgt ideologische Einflussnahme oft schrittweise, langfristig und innerhalb demokratischer Strukturen. Gerade diese stille und oftmals unbemerkte Einflussnahme macht den politischen Islam zu einer besonderen Herausforderung.

In ihrem Buch „*Politischer Islam – eine hybride Bedrohung Europas. Der ‚Civilization Jihad‘ der Muslimbruderschaft*“ beschreiben die Wissenschaftler Nina Scholz, Heiko Heinisch und Gustav E. Gustenau die Muslimbruderschaft als eine Organisation, die strategisch auf die Umgestaltung demokratischer Gesellschaften hinarbeitet. Die Experten sprechen von einem „langfristig angelegten Projekt zur politischen, ideologischen, kulturellen und religiösen Umgestaltung demokratischer Staaten und Gesellschaften“. Dies erfolge nicht primär durch offene Konfrontation, sondern durch den schrittweisen Aufbau von Netzwerken, Vorfeldorganisationen und gesellschaftlichem Einfluss in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens. Als zentrale Handlungsfelder nennen die Experten unter anderem Kultur und Ideologie, Kommunikation, Wirtschaft, staatliche Institutionen sowie Bildungseinrichtungen. Ziel sei die langfristige Verankerung islamistischer Gesellschaftsvorstellungen innerhalb demokratischer Systeme.

Gerade in Wien bestehen bereits gut ausgebaute Strukturen und Netzwerke in mehreren dieser Bereiche. Auch demografisch zeigen aktuelle Zahlen, dass Wien vor besonderen integrationspolitischen Herausforderungen steht. Nach aktuellen Erhebungen der Wiener Bildungsdirektion sind bereits rund 39 Prozent der Wiener Pflichtschüler muslimischen Glaubens. An Wiener Mittelschulen ist mittlerweile rund jeder zweite Schüler muslimisch. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer konsequenten Integrationspolitik, insbesondere dort, wo Religion zur Rechtfertigung antidemokratischer Einstellungen, patriarchaler Rollenbilder oder der Ablehnung der österreichischen Rechtsordnung instrumentalisiert wird.

Eine aktuelle Studie des Integrationsforschers Kenan Güngör zeigt, wie stark junge Menschen bereits von islamistischen Ideologien, antidemokratischen Weltbildern und frauenfeindlichen Rollenbildern beeinflusst sind. Dabei ermöglichen nicht nur soziale Medien radikalen Akteuren, Jugendliche unmittelbar zu erreichen und demokratiefeindliche Inhalte gezielt zu verbreiten. Gleichzeitig werden problematische Haltungen auch in abgeschotteten Milieus, in Vereinsstrukturen und hinter den Wänden einzelner Wiener Moscheen weitergegeben und verfestigt. Laut der Studie stellen 41 Prozent der befragten muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Vorschriften ihrer Religion über die Gesetze Österreichs. Ebenso hält fast jeder zweite Jugendliche oder junge Erwachsene aus Syrien, Afghanistan oder Tschetschenien die Aussage für richtig, dass der Mann in der Familie alle großen Entscheidungen treffen soll.

Diese Zahlen und Entwicklungen müssen ernst genommen werden. Sie zeigen nicht nur punktuelle Integrationsprobleme, sondern verweisen auf ein tieferliegendes Problem: den

langfristigen Aufbau von Einflussräumen, in denen antidemokratische, patriarchale und islamistische Wertvorstellungen weitergegeben und verfestigt werden. Gerade wenn solche Haltungen über Vereinsstrukturen, Bildungseinrichtungen oder religiöse bzw. kulturelle Räume verbreitet werden, entsteht ein strategisches Netzwerk, das sich der öffentlichen Kontrolle entzieht.

Die beschriebenen Entwicklungen zeigen, dass politischer Islam nicht erst dort beginnt, wo Gewalt ausgeübt wird. Vielmehr entstehen ideologische Einflussräume oftmals schrittweise und über Jahre hinweg. Um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig zu schützen, braucht Wien daher ein eigenes Maßnahmenpaket gegen den politischen Islam.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Umsetzung eines Maßnahmenpakets gegen den politischen Islam aus. Die zuständige amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, ein umfassendes Maßnahmenpaket auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Dieses Maßnahmenpaket soll insbesondere folgendes beinhalten:

1. Die Einrichtung einer wienspezifischen Monitoringstelle für politischen Islam.
2. Die Einberufung eines Runden Tisches zum politischen Islam unter Einbindung der Wissenschaft und relevanter Akteure aus den Bereichen Bildung, Integration und Sicherheit.
3. Die Sensibilisierung von Führungskräften im Einflussbereich der Stadt Wien für Strategien und Einflussmechanismen des politischen Islam.
4. Gezielte Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in besonders sensiblen Bereichen, insbesondere in der MA 10 und MA 11, um politischen Islam und institutionelle Einflussnahme frühzeitig zu erkennen und wirksam gegenzusteuern.
5. Die Erarbeitung konkreter Präventionsmaßnahmen gegen islamistische Radikalisierung, insbesondere im Bereich Schulen, Vereine und Jugendangebote.
6. Null Toleranz gegenüber religiös begründeter Unterdrückung von Mädchen und Frauen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 23.06.2026

